

Beschluss Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Bund in den nächsten
- 2 Jahren
- 3 ausreichend finanzielle Mittel für den Radverkehr vorsieht. Laut Nationalem
- 4 Radverkehrsplan
- 5 sind 30 Euro pro Person pro Jahr erforderlich, davon muss der Bund mindestens ein
- 6 Drittel
- 7 übernehmen. Perspektivisch streben wir eine Radverkehrsmilliarde an. Dafür müssen
- 8 in den
- 9 Jahren ab 2023 der Topf für Radwege an Bundesfernstraßen aufgestockt und
- 10 insbesondere
- 11 ausreichend Mittel für das Programm Stadt&Land bereit gestellt werden.
- 12 Radwege an Bundesfernstraßen müssen ebenso wie die Radinfrastruktur in den
- 13 Kommunen schnell
- 14 ausgebaut werden können. Die Kommunen brauchen eine Finanzierungs-Perspektive,
- 15 damit sie die
- 16 Planung von Radverkehrsprojekten aufnehmen oder fortsetzen können. Bund und
- 17 Länder müssen
- 18 die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus überregionaler Radwege soweit
- 19 unterstützen, dass
- 20 für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand entsteht.